

Protokoll
der öffentlichen Sitzung (Nr. 32/19-23) des Beirates Neustadt
am Donnerstag, den 16.12.2021,
als ZOOM-Videokonferenz von 20:15 bis 21:55 Uhr

Anwesend:

Merle Andersen	Janne Müller	Ramona Seeger
Ulrike Heuer	Jens Oppermann	Sascha Uecker
Anke Maurer	Johannes Osterkamp	Renee Wagner
Bithja Menzel	Britta Schmidt	Annette Yildirim
Ingo Mose	Wolfgang Schnecking	

Fehlend: Tugba Böhrnsen (e), Robert Mero, Wolfgang Meyer

Gäste: Vertreter:innen der Polizei, der Presse und interessierte Bürger:innen

Vorsitz: Annemarie Czichon

Protokoll: Mathias Reimann (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

TOP 1. Genehmigung der Tagesordnung

Das Protokoll vom 18.11.21 liegt noch nicht zur Genehmigung vor. Es wird die Erweiterung der Tagesordnung um die Punkte „Toleranzorte für obdachlose Menschen“ und „Ergänzende Stellungnahme zur Aufstellung von Verteilerkästen zum Glasfasernetzausbau“ vorgeschlagen.

Ein Beiratsmitglied beantragt zusätzlich die Erweiterung um den Punkt „[mobiler Gedenkort für Laye Condé](#)“. Nach längerer Diskussion wird über diesen Antrag gesondert abgestimmt.

Beschluss: Der Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „mobiler Gedenkort für Laye Condé“ wird zugestimmt (10 Ja-, 3 Nein-Stimmen, eine Enthaltung)

Anschließend wird über alle o.g. Erweiterungen und Änderungen abgestimmt.

Beschluss: Die Tagesordnung wird – wie nachfolgend ersichtlich - genehmigt. (einstimmig)

TOP 2. Aktuelle Stadtteilangelegenheiten einschließlich

· Bürger:innenanträge, Fragen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten

Ein Bürger fordert den Beirat zu einer Stellungnahme zu den jüngsten Fällen von offenbar politisch motivierter Gewalt auf (s. u.a. [Pressemitteilung der Polizei](#)) – er befürchtet eine weitere Eskalation. Der Beirat bedauert die Vorkommnisse sehr und verweist auf seinen [Beschluss vom 17.06.2021 zum Thema „Gewalt ist kein Mittel der politischen Auseinandersetzung“](#).

· Berichte der Beiratssprecher

Der Beiratssprecher blickt zurück auf das Jahr 2021, welches weiter von der Pandemie-Situation geprägt war. Er bedauert die bestehenden Einschränkungen, unterstreicht aber gleichzeitig, wie bemerkenswert es sei, dass die Arbeit unter diesen Umständen fortgesetzt werde und dass auch viele Bürger:innen weiter als „Stimme der Zivilgesellschaft“ motiviert und engagiert auftreten.

Der stellvertretende Beiratssprecher berichtet von Beschwerden bzgl. Lärmbelästigungen im Umfeld der „[Lichter der Neustadt](#)“. Hierzu soll in Kürze ein Ortstermin stattfinden.

Er berichtet vom Termin einer Anwohner:innen-Initiative aus der Delmestraße, welche sich für die Nachpflanzung von Bäumen einsetzt (hierzu [WK+ Artikel](#)). Er begrüßt das Engagement und verweist auf die Beschlüsse zu [diesem Thema](#) sowie zu [Straßenbäumen](#) und [Nachpflanzungen](#) im Allgemeinen.

· Berichte des Amtes

Der B-Plan 2529 (Kornquartier) wird in der Zeit vom 21.12.21 bis 01.02.22 öffentlich ausgelegt. Er ist [online einsehbar](#). Die persönliche Einsichtnahme kann in der senatorischen Dienststelle erfolgen (Öffnungszeiten und Kontakt siehe [amtliche Bekanntmachung vom 10.12.2021](#)).

Der Deichverband führt in der Zeit vom 14. bis 22.12.21 Gehölzpflegearbeiten am Werdersee durch. Das Ortsamt ist vom 18.12.21 bis einschließlich 02.01.22 geschlossen.

TOP 3. Stellungnahme zum [Stadtentwicklungsplan \(STEP\) Wohnen 2030](#)

Der gemeinsame Beschlussvorschlag der Sprecher:innen der Ausschüsse „Sozialökologische Stadtentwicklung“, „Umwelt, Bau, Mobilität“ und „Soziales, Bildung, Jugend“ wird kurz vorgestellt.

Beschluss: Der Beirat begrüßt den Beteiligungsprozess zur Konkretisierung der wohnungspolitischen Ziele für den Stadtteil. Er fordert eine Gesamtplanungsperspektive für die städtebauliche Entwicklung aktuell ungenutzter Immobilien für die Neustadt zu entwickeln. An der Entwicklung dieser Gesamtplanung sind die Bürgerinnen und Bürger der Neustadt frühzeitig und umfassend zu beteiligen. Der Beirat Neustadt ist bereit, dieses Thema im Rahmen einer Planungskonferenz aufzugreifen.

Der Beirat fordert, Handlungsoptionen für die Nutzbarmachung ungenutzter oder zweckentfremdeter Grundstücke zu prüfen sowie auch die Instrumente des Erbpacht- und Vorkaufsrechts nutzbar zu machen. Zudem fordert der Beirat die zuständige Behörde auf, zu prüfen, ob Brachen in der Neustadt teilweise oder vollständig auf anderem Wege durch Käufe in kommunales Eigentum überführt werden können. Das Wohnraumschutzgesetz ist konsequent anzuwenden und ggf. bedarfsgerecht zu novellieren.

Bei einer Innenentwicklung/Nachverdichtung ist insbesondere zu berücksichtigen, dass die Neustadt bereits hoch verdichteten Wohnraum aufweist. Der Beirat Neustadt sieht bei einer weiteren Verdichtung insbesondere Probleme durch ein Bauen in die Höhe, steigende Verkehrs- und Lärmbelastungen und eine Verringerung des Freiraumangebots im Stadtteil.

Entscheidungen über die Dichte und Höhe der Bebauung sind grundsätzlich im Einzelfall zu treffen. Gleichwohl spricht sich der Beirat Neustadt dafür aus, die Bestimmung der Gebäudehöhen an dem Maß zu orientieren, dass für das städtebauliche Bild des Stadtteils prägend ist. Dies liegt bei maximal 5 Geschossen; höhergeschossige Hochpunkte sollten nur in begründeten Ausnahmefällen zugelassen werden.

Der Beirat Neustadt fordert, bei der städtebaulichen Entwicklung der Neustadt Angebote des Wohnens, der Freizeitgestaltung, der Kultur, des Lernens, der sozialen Infrastruktur und des Arbeitens in einem Gesamtkonzept zu entwickeln.

Für die Entwicklung von Wohnangeboten fordert der Beirat Neustadt eine ausgewogene Mischung von sozial gebundenem Wohnraum sowie Wohnraum im niedrigen und im höheren Preissegment. Um dem Bedarf an Wohnungen für das Projekt "Housing First" nachzukommen, soll hierfür eine zusätzliche Quote vorgesehen werden, die (anteilig für die Neustadt) aus den bekannten Zahlen wohnungsloser Menschen in Bremen abgeleitet ist. Neue Wohnangebote sollen barrierefrei sein, Wohnraumzuschnitte für junge und alte Menschen sowie Familien bieten und einer sozialen Entmischung entgegenwirken. Flächen für Baugenossenschaften und für Baugemeinschaften sollen regelmäßig eingeplant und ggf. über Flächenankauf durch die Stadt ermöglicht werden.

Bei der städtebaulichen Entwicklung der Neustadt sind insbesondere klimaschutzrelevante Aspekte zu berücksichtigen, was sowohl die Art und Weise des Bauens als auch die Entwicklung von Mobilitätskonzepten betrifft. Für Grün- und Naturschutzbelange sind ausreichend Flächen vorzusehen und auch in den eng bebauten Straßen die Lebensqualität durch Grünpflanzungen zu verbessern.

Der Beirat Neustadt fordert eine Stadtplanung für die Neustadt, die den sozialen Zusammenhalt stärkt und der Unterschiedlichkeit ihrer Bewohnerinnen und Bewohner Raum gibt. Dafür muss eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der Stadtteilgremien bereits am Beginn von Vorhabenplanungen stehen. (einstimmig)

TOP 4. Beschlussfassung zu Globalmitteln einschließlich Mittelübertragung ins Haushaltsjahr 2022

Der stellvertretende Sprecher des Ausschusses „Soziales, Bildung, Jugend“ bringt einen Beschlussvorschlag ein, der den [Beschluss des Ausschusses vom 08.06.21](#) aufgreift und der Grundschule an der Karl-Lerbs-Straße eine finanzielle Unterstützung bei der Ausrichtung ihrer 60-Jahr-Feier zusichert.

Beschluss: Der Beirat Neustadt überträgt seine restlichen Globalmittel aus dem Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 3.409,76 € in das Jahr 2022. Diese Mittel sollen zur Unterstützung der 60-Jahr-Feier der Karl-Lerbs-Schule genutzt werden. (einstimmig)

TOP 5. Beschlussfassung(en) zum Stadtteilbudget Verkehr

Beschluss: Der Beirat Neustadt stellt für die Sanierung der Bänke auf dem Bouleplatz zwischen dem Hallenbad Süd und der Schulstraße Mittel in Höhe von bis zu 3.000,00 EUR aus seinem „Stadtteilbudget Verkehr“ zur Verfügung. (einstimmig)

TOP 6. Ergänzende Stellungnahme zur Aufstellung von Verteilerkästen zum Glasfasernetzausbau

Beschluss: Der Beirat Neustadt hat sich in seiner November-Sitzung mit der Aufstellung von 28 Verteilerkästen zum Glasfaserausbau im Bereich Buntentor beschäftigt (siehe [Beschluss vom 18.11.21](#)) und im Nachklang der Sitzung zu 2 Standorten eine Ortsbegehung mit Wesernetz und UBB durchgeführt.

Der Beirat Neustadt nimmt dazu wie folgt Stellung:

1. Zum Standort Neustadtscontrescarpe 8:

Dieser Standort hat sich als der am besten geeignete Standort in diesem Bereich herausgestellt. Der Verteilerkasten soll also wie in den ursprünglichen Vorlagen vorgesehen angebracht werden.

2. Zum Standort Neustadtscontrescarpe 32:

Bei der Ortsbegehung sind alle Anwesenden übereinstimmend zu der Meinung gekommen, dass es für die Verkehrssicherheit besser ist, den Verteilerkasten vom ursprünglich vorgesehenen Standort ca. 1m nach rechts zu verschieben. (einstimmig)

Als Vorschlag wird zudem eingebracht, dass sich der Ausschuss Kultur, Arbeit, Wirtschaft in einer seiner nächsten Sitzungen mit der künstlerischen Gestaltung der Verteilerkästen beschäftigen könnte.

TOP 7. Toleranzräume für obdachlose Menschen

Es wird ein Beschlussvorschlag vorgestellt, der im beiräteübergreifenden Arbeitskreis der innenstadt-nahen Stadtteile erarbeitet und nun kurzfristig eingebracht werden soll, um die Situation für obdachlose Menschen – gerade in der kalten Jahreszeit – zu verbessern.

Inhaltlich herrscht große Einigkeit, es wird jedoch länger darüber diskutiert, ob bestimmte Passagen des Beschlussvorschlages entfallen bzw. in die Begründung verschoben werden können. Der daraus resultierende Änderungsantrag wird abgelehnt. (4 Ja-, 6 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen)

Als weitere Änderung wird vorgeschlagen einen Hinweis auf die Bedarfe besonders schutzbedürftiger Menschen (z.B. Frauen) aufzunehmen. Diese Änderung wird von der Antragstellerin übernommen.

Nach weiterer, ergebnisloser Diskussion zu möglichen Änderungen wird der Schluss der Debatte beantragt. Es erfolgt keine Gegenrede.

Beschluss: In der Stadtgemeinde Bremen sind aktuell mehrere Hundert Menschen wohnungs- oder obdachlos, ein großer Teil davon lebt faktisch auf der Straße. Die Gründe dafür sind ebenso vielfältig wie die Hilfsangebote, die für diese Menschen gemacht werden. Eine Vielzahl an Notunterkünften und Beratungsstellen leisten täglich wertvolle Arbeit, die Menschen in ihrem harten Alltag zu unterstützen. Weitere Projekte, wie z.B. das Housing-First-Projekt, versuchen obdach- und wohnungslosen Menschen dauerhaft eine Perspektive in eigenem Wohnraum zu ermöglichen. Diese Ansätze, insbesondere die Priorisierung der Wohnraumbeschaffung, werden von den Beiräten ausdrücklich begrüßt und die Arbeit der Hilfeleistenden anerkannt.

Aus verschiedenen Gründen können aber nicht alle auf der Straße lebenden Menschen von den bestehenden Angeboten dauerhaft erreicht werden. Nicht zuletzt aufgrund der Corona-Pandemie ist bei manchen Menschen die Hemmschwelle, sich in Gemeinschaftsunterkünfte zu begeben, sehr hoch, obwohl alle Unterkünfte coronagerecht eingerichtet sind. Trotz der Öffnung z. B. von Winterkirchen in der Innenstadt und der Möglichkeit, dort auch ihre Hunde unterzubringen, meiden einige die Unterkünfte und verbringen die Nächte im Freien. Diese Menschen sind bei sinkenden

Temperaturen erheblichen gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt und haben sich oftmals Orte gesucht, an denen sie wenigstens mit einem minimalen Schutz „Platte machen“ können, etwa unter Brücken, Hochstraßen oder in verlassenen Gebäuden. Hier droht ihnen jedoch nicht selten Vertreibung durch private Sicherheitskräfte in privaten Bereichen.

Wie bereits die Beiräte (Mitte, Findorff und Schwachhausen) fordert auch der Beirat Neustadt die Senatorischen Behörden für Soziales und für Inneres auf, während der schon angebrochenen Kälteperiode dafür zu sorgen, dass keine obdachlosen Menschen von den von ihnen gewählten geschützten Orten vertrieben werden, es sei denn, es sprechen absolut zwingende Gründe gegen einen solchen Aufenthalt.

Die Behörden werden weiterhin aufgefordert, die Hilfeleistenden bzw. die Streetworker darin zu unterstützen, überdachte Orte zu finden und/oder als solche definieren, an denen obdachlose Menschen die Nächte verbringen können, ohne gestört oder geräumt zu werden, und hierbei insbesondere die Bedarfe besonders schutzbedürftiger Menschen zu berücksichtigen.

In Frage für diese Orte kommen zum Beispiel ungenutzte Flächen in Parkhäusern oder auch kleinere Orte, wie überdachte Bereiche vor den Beratungsstellen. Ebenfalls könnte in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn der Bereich vor der Bahnhofsmision im Bremer Hauptbahnhof als überdachter Schlafplatz für die Nacht zur Verfügung gestellt werden. Diese akzeptierten Orte sollten mit einer minimalen Infrastruktur aus mobilen Toiletten und Müllbehältern ausgestattet werden. Oberstes Ziel muss sein, in der kalten Jahreszeit gesundheitliche Gefahren für Menschen auf der Straße zu reduzieren und Kältetote zu vermeiden, wie sie im letzten Jahr in unserer Nachbarstadt Hamburg in großer Zahl zu beklagen waren. Allen obdachlosen Menschen müssen beheizte Unterkünfte angeboten und zur Verfügung gestellt werden, um Kältetote zu vermeiden. Als Vorbild für Bremen kann die Stadt Frankfurt am Main dienen, in der in den Wintermonaten schon seit über 20 Jahren bestimmte U-Bahnhöfe über Nacht geöffnet bleiben, um obdachlosen Menschen einen überdachten Schlafplatz zu bieten.

Der beiräteübergreifende Arbeitskreis „Toleranzräume für Wohnungslose“ der innenstadtnahen Ortsämter West, Mitte/ Östliche Vorstadt, Neustadt/ Woltmershausen und Schwachhausen/Vahr (einstimmig)

TOP 8. Mobiler Gedenkort für Laya Condé: *vertagt*

TOP 9. Nachwahl eines stellvertretenden CA-Mitgliedes (Vorschlagsrecht: SPD): *vertagt*

TOP 10. Beschlussfassung zu Standorten von Fahrradbügeln in der Ottostraße: *vertagt*

TOP 11. Verschiedenes: *vertagt*

Ingo Mose
Beiratssprecher

Annemarie Czichon
Sitzungsleitung

Mathias Reimann
Protokollführung